

13. September 2015: Oberbürgermeisterwahl in der Bundesstadt Bonn

Fragen der Bonner Gewerkschaften an die OB-Kandidaten

Wie bewerten Sie folgende Aussagen und Fragestellungen der Bonner Gewerkschaften?

Grundsätze kommunalpolitischen Handelns:

Unterschiedliche Ansichten und Herangehensweisen an wichtige Themen sind völlig normal. Dabei sollte der Umgang miteinander und untereinander von gegenseitigem Respekt und der Einsicht der Daseinsberechtigung einer anderen demokratischen Meinung geprägt sein. Die Bonner Gewerkschaften wollen einen fairen, verantwortungsvollen und ergebnisorientierten Dialog zwischen Politik und Verwaltung und fordern einen Entscheidungswillen zum Wohle der Stadt und der hier lebenden Menschen.

Wie wollen Sie Partnerschaft unter Wahrung Ihrer Verantwortung als Stadtoberhaupt organisieren und wo sehen Sie Grenzen von partizipativen Begleitprozessen?

Ashok-Alexander Sridharan:

Der Oberbürgermeister und die Verwaltung sind Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger. Als Chef der Verwaltung bin ich Ansprechpartner für die Beschäftigten. Der Oberbürgermeister gehört mit seinem Büro in das Stadthaus weil hier die Mannschaft sitzt und auch, weil hier die Dienstleistungen für die Bonnerinnen und Bonner geleistet werden.

Bei Reformen und Veränderungen müssen die Mitarbeiter mitgenommen und gemeinsame Lösungen gefunden werden. Kompromisse mögen manchmal schwer sein, aber so wie der OB alle Bürgerinnen und Bürger repräsentiert, so muss er auch gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen Interessenvertretungen reden und führen. So habe ich bisher viele gute Erfahrungen mit der Personalvertretung in Königswinter gemacht, wo ich als Erster Beigeordneter auch für Organisation und Personal zuständig bin.

Tom Schmidt:

Unsere Stadt braucht einen fairen politischen Dialog und muss gleichzeitig handlungsfähig bleiben. In den letzten ist dies häufig nicht gelungen. Insbesondere zwischen Verwaltung und Rat ist das Klima von Mißtrauen geprägt, Das hat meines Erachtens seine Ursache darin, die Oberbürgermeister sich mit der Verwaltungsmacht im Rücken eher zu kleinen Sonnenkönigen entwickelt und sich häufig in Konkurrenz zum Rat gesehen und diesen unzureichend informiert und beteiligt haben. Das Desaster um das WCCB ist ein besonders krasses Beispiel dafür.

Ich will als OB wieder die klare Aufgabenteilung einführen, wie sie in der Gemeindeordnung auch vorgesehen ist. Danach bestimmt der Rat über das Was, die Verwaltung über das Wie.

Ich bin sicher, dass auf diesem Weg die politischer Arbeit entspannter und konstruktiver wird.-

Darüber hinaus halte ich es für wichtig, als OB mit der Ratsmehrheit an einem Strang in dieselbe Richtung zieht. Nach der Kommunalwahl hat sich eine Jamaika-Koalition gebildet.

Das war nicht einfach für die beteiligten Parteien, aber so ist es gelungen, trotz der extremen Zersplitterung des Rates mit 10 verschiedenen Gruppen, einen Koalitionsvertrag zu schmieden und damit die Handlungsfähigkeit herzustellen.

Ich habe den Koalitionsvertrag mitverhandelt, ich arbeite mit den Akteuren vertrauensvoll zusammen, das will ich als OB fortsetzen.

Die letzten 6 Jahre haben gezeigt, dass eine Ratsmehrheit und ein OB mit unterschiedlichen Zielen der Entwicklung dieser Stadt nicht gut tun.

Peter Ruhenstroth-Bauer:

Das Motto meiner OB-Kandidatur lautet „Bonn zusammen führen“. Ich will, dass wir alle, die Stadtgesellschaft, in diesen Dialog einbezogen werden. Die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt sollen auf Augenhöhe und, ganz wichtig, zu Beginn eines Prozesses bei allen wichtigen Entscheidungen mitsprechen können. Ich will ihre vorhandene Expertise und ihre Ideen nutzen, damit diese Kompetenzen früh in den Prozess einfließen können. Viele Menschen fühlen sich von der Politik nicht ernst genommen. Das will ich in Bonn ändern.

Dazu werde ich unterschiedliche Instrumente nutzen: Zum einen gilt es, schon existierende Beteiligungsverfahren weiter auszubauen. Allerdings ist „gut gemeint“ noch nicht „gut gemacht“: eine „als-ob“-Beteiligung, bei der sich die Stadtgesellschaft nicht ernst genommen fühlt, frustriert nämlich mehr, als das sie neue Ideen für Bonn mobilisiert. Transparenz in der Information ist eine der entscheidenden Voraussetzungen. Eine Vorhabenliste soll zukünftig aktuell und sehr frühzeitig über Pläne und Projekte informieren, die in unserer Stadt anstehen. Ein erster Schritt, um Ideen und Verbesserungswünsche, aber auch Sorgen und Widerstände vorzubringen. Ich werde mit Runden Tischen zu den zentralen Bonner Themen, zum Beispiel zum Thema Wohnen und Lärm, eine zusätzliche Diskussionsplattform bieten. Hier werden Vertreter von Verwaltung und Politik mit Anwohnern, Gewerbetreibenden und anderen Beteiligten diskutieren. Wenn man gegenseitig die Vorbehalte und Nöte, aber auch die Ziele kennt, kann man leichter zu tragfähigen Kompromissen finden. Auch Bürgerinformationsveranstaltungen zu wichtigen Themen sollten häufiger und vor allem am Anfang eines Prozesses, also viel frühzeitiger durchgeführt werden. So können die von anstehenden Entscheidungen betroffenen Menschen sich nicht nur informieren, sondern vor allem frühzeitig ihre Kompetenzen und Hinweise gleich einbringen.

Die Grenzen von partizipativen Begleitprozessen liegen aus meiner Sicht da, wo es um die formalen Entscheidungen geht. Das sieht nicht nur die Gemeindeordnung vor, dass der Rat bzw. die Bezirksvertretungen die Beschlussgremien sind. Beteiligungsprozesse dürfen nicht dazu dienen, die Entscheidungsverantwortung wieder an die Stadtgesellschaft zurück zu delegieren. Partizipationsprozesse müssen so gestaltet sein, dass sie möglichst früh starten und die Kompetenzen der Stadtgesellschaft in die Entscheidungsgrundlage der Verwaltung mit einfließen können. Dann haben die Stadtverordneten die Anregungen in ihren Beratungen und können sie auch bei den Entscheidungen berücksichtigen.

Arbeit und Ausbildung:

Die Kommunen sowie die kommunalen Eigenbetriebe sind für viele Beschäftigte unmittelbar Dienstherr. Neben ihrer Verantwortung für das eigene Personal tragen die Kommunen über ihre sozialen Angebote und Einrichtungen zur existentiellen Lebenssicherung vieler Menschen bei. Kommunale Dienstleistungsunternehmen sind und bleiben zentrale Elemente der Daseinsvorsorge. Privatisierungen, Outsourcing und öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) lehnen wir ab. Die Drittvergabe von kommunalen Leistungen soll eine Ausnahme bleiben. Bei Ausschreibungen sind gute Arbeitsplatzbedingungen und Tariftreue ein wichtiges Entscheidungs- und Vergabekriterium. Bonn muss Vorbild für gute Arbeitsplätze sein.

Einer unserer wichtigsten Arbeitgeber ist die Stadtverwaltung. Personaleinsparungen werden zwangsläufig zu Arbeitsverdichtungen führen. Dies geht zu Lasten der Beschäftigten und führt zu erhöhten Ausfallzeiten. Von 1993 bis heute wurden über 1.100 Stellen eingespart (ohne die Ausgliederungen, z.B. bei der Müllabfuhr). Viele Neueinstellungen laufen nur befristet; einzige Ausnahme ist der Kita-Bereich mit über 200 unbefristeten Neueinstellungen. Um den Personalbereich noch weiter zu "optimieren", wurde die "Projektgruppe 2015" eingesetzt. Hier wird in den Ämtern hospitiert; wohl nicht unbedingt zur Freude der Beschäftigten.

Wie ist Ihre Vorstellung von Verwaltungsführung und der Fürsorgepflicht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter?

Tom Schmidt:

Eine Verwaltung ist immer nur so gut wie ihre Mitarbeiter. Deswegen ist es die Voraussetzung von erfolgreicher politischer Arbeit, dass die Beschäftigten der Kommune und der kommunalen Eigenbetriebe faire Arbeitsbedingungen vorfinden.

Genauso wichtig finde ich es, dass eine Verwaltung durchlässig ist für gute Ideen und innovatives Arbeiten. Dabei helfen flache Hierarchien und moderne Führungsarbeit. Hier sehe ich in vielen Verwaltungsteilen noch erheblichen Handlungsbedarf.

Gleichzeitig befindet sich unsere Stadt in einer äußerst angespannten Finanz- und Haushaltslage. Deshalb darf nach meiner Überzeugung der Anteil der Personalkosten am Gesamthaushalt nicht weiter wachsen. Im Klartext heißt das, wir zukünftig weniger Personal beschäftigen können, insbesondere weil der Kitabereich, der ja weiter wächst und auch wachsen soll die gegenläufige Tendenz haben.

Daher müssen wir die Arbeitsabläufe optimieren, wo das möglich ist, aber auch Aufgaben abbauen. Ich finde es richtig, dass dazu eine interne Arbeitsgruppe eingerichtet wurde, die gemeinsam mit den Kolleg*innen an nachhaltigen, realistischen Lösungen arbeiten. Externe Beratungen haben in der Vergangenheit dagegen viel Geld gekostet, aber keine nachhaltige Wirkung entfaltet.

Peter Ruhenstroth-Bauer:

Die Stadtverwaltung ist auf gute und motivierte Beschäftigte angewiesen. Deshalb ist die Personalentwicklung eine der Kernaufgaben des Oberbürgermeisters. In vielen Verwaltungsbereichen wurden in den letzten Jahren viele Stellen abgebaut, gleichzeitig kamen aber neue Aufgaben hinzu. Dazu die vielen Wiederbesetzungssperren, bei denen Bedienstete über Monate hinweg die Aufgaben ihrer ausgeschiedenen Kolleginnen und Kollegen übernehmen, also

Mehrarbeit leisten. Das kann auf Dauer nicht funktionieren. Die Organisationsuntersuchung, die aktuell in allen Ämtern durchgeführt wird, möchte ich genau analysieren – und zwar sowohl unter dem Gesichtspunkt, wo Arbeit anders organisiert werden muss, wo zu viele MitarbeiterInnen sind, aber auch, wo Beschäftigte fehlen. Grundlage für erfolgreiche Veränderungen in einer Organisation ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Personalrat. Das ist mir nicht nur wichtig, sondern Grundlage der Arbeit. Verwaltungsführung bedeutet aber auch, dass man sich gemeinsam auf Ziele verständigt, die für alle Beschäftigten auch nachvollziehbar kommuniziert werden. Also gilt auch hier: Transparenz der Information ist für mich ein wichtige Voraussetzung. Ich möchte schließlich auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Beschäftigten der Stadtverwaltung und der städtischen Töchter weiter stärken. Ich will, dass mehr Väter die Elternzeit nutzen, und Eltern sollten Teilzeitmodelle angeboten werden, die für ein familienfreundliches Klima in der Verwaltung sorgen. Dazu gehört auch, dass wir weiterhin den Ausbau von Ganztagsbetreuungsplätzen vorantreiben.

Ashok-Alexander Sridharan:

Eine moderne Kommune braucht eine kompetente Verwaltungsspitze, die engagiert, motiviert und mit viel Erfahrung führt. Dies weiß ich aus meiner zwanzigjährigen Tätigkeit als Führungskraft in der Kommunalverwaltung. Dabei ist eine offene Zusammenarbeit mit der Personalvertretung unabdingbar. Mir ist ein konstruktives Miteinander von Verwaltung und Politik wichtig, letztendlich ziehen wir alle an einem Strang und wollen unsere Stadt im Sinne der Bürgerinnen und Bürger weiter voran bringen. Da bleibt kein Platz für Eitelkeiten oder Kompetenzgerangel.

Ich weiß um den Stellenwert der Fürsorgepflicht, die die Verwaltungsführung gegenüber ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat, daher sollten die ersten Tage und Wochen im Zeichen von gegenseitigem Kennenlernen und intensivem Austausch stehen. Um direkt auf die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen reagieren zu können, halte ich kurze Dienstwege, eine direkte Kommunikation und die Einbindung der neuen Verwaltungsspitze in alle Prozesse und Abläufe vom ersten Tag an für essentiell. Verwaltungsabläufe zu optimieren muss aber auch ein Ziel der Verwaltungsspitze sein und dem muss sich jedes Unternehmen stellen. Die Projektgruppe leitet nach meiner Kenntnis eine gute Arbeit und wird weitgehend akzeptiert. Im Zusammenhang mit Arbeitsverdichtungen muss man mehr über Aufgabenreduzierungen reden.

Die Anforderungen in der Stadtverwaltung und im Jobcenter wachsen stetig, u.a. durch Änderungen im Bürgerservice (Terminvergabe z.B. bei der KFZ-Zulassung) und weiter ansteigende Zahlen bei den Bedarfsgemeinschaften. Hinzu kommt die anhaltende Flüchtlingsproblematik. Zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben bedarf es eines stabilen Personalkörpers. Die hohe Zahl der Befristungen in der Stadtverwaltung und beim Jobcenter steht dem entgegen.

Wie gehen Sie damit um?

Peter Ruhenstroth-Bauer:

Ich lehne sachgrundlose Befristungen ab. Die Beschäftigten brauchen Perspektiven und finanzielle Sicherheit. Nur so können wir gutes Personal an uns binden. Besonders in den Bürgerämtern und in der Sozialverwaltung darf es nicht zu Unterbesetzungen kommen.

Ich unterstütze deshalb ausdrücklich, dass auch bei den Verantwortlichen für das Bonner Jobcenter in den vergangenen Jahren ein Umdenken stattgefunden hat. Arbeitsverhältnisse im Integrations- und im Leistungsbereich wurden entfristet, um endlich die für eine gute Betreuung der Kundinnen und Kunden dringend benötigte Konstanz in den Personalkörper der Einrichtung zu bringen. Nur noch etwa jedes zehnte Arbeitsverhältnis dort ist befristet. Diese positive Entwicklung, die konsequent weitergeführt werden muss, verdanken wir auch dem Drängen des Beirats, dem u.a. die Kreishandwerkerschaft, die IHK, die Wohlfahrtsverbände und der DGB angehören.

Ashok-Alexander Sridharan:

Mir ist durchaus bewusst, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter heutzutage weit mehr leisten müssen als noch vor wenigen Jahren und ein kleinerer Personalkörper sich mit wachsenden und wandelnden Aufgaben und Problematiken konfrontiert sieht. Trotz alledem muss auch die Verwaltung sparen und momentan mit den gegebenen personellen Ressourcen auskommen. Natürlich sollen die Sparmaßnahmen nicht auf Kosten der sowieso engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen, es sollte eher darum gehen, Potentiale zu erkennen, Strukturen und Organisationseinheiten zu prüfen und gegebenenfalls die nötigen Änderungen vorzunehmen, um die Arbeitskraft, die in jeder Verwaltung vorhanden ist, bestmöglich zu verteilen. Hierzu gehören als erste Maßnahmen Organisationsuntersuchungen und ein Finanz- und Projektcontrolling. Befristungen sollen auch künftig die Ausnahme bleiben und eben nicht zur Regel werden. Die Stadt Bonn hat nach meiner Kenntnis keine überzogene Zahl an befristeten Arbeitsplätzen. Soweit die Kommunen mit weiteren oder steigenden Kosten und Aufgaben betraut werden, müssen auch Bund und Land entsprechende Unterstützung leisten.

Tom Schmidt:

Die GRÜNEN haben sich bei Schaffung der „gemeinsamen Einrichtung“ Jobcenter Bonn massiv dafür eingesetzt, dass die Trägerversammlung als „Aufsichtsrat“ mehr als nur drei VertreterInnen der jeweiligen Seite Kommune bzw. Agentur für Arbeit bekommt. Mit Hilfe GRÜNER KollegInnen aus dem Landtag und anderen Regionen sowie der Dezernentin für Soziales konnte die Zahl auf sechs Personen für jede Seite erhöht werden. Damit ist eine erheblich breitere und somit demokratischere Gestaltung der Tätigkeit der Trägerversammlung ermöglicht worden.

Die GRÜNEN Vertreter beteiligen sich nun auch sehr aktiv an der Arbeit in der Trägerversammlung des Jobcenters. Dies wird durch entsprechende begleitende Initiativen im Sozialausschuss unterstützt. Auch die Kontakte zum Personalrat werden gepflegt.

Die GRÜNEN setzen sich sehr für ein gemeinsames Agieren der kommunalen Seite in der Trägerversammlung ein. In der Regel ist es auch sehr gut gelungen, die kommunalen Interessen gegenüber der Agentur für Arbeit zu vertreten.

Eine der Leitlinien dieses Handelns ist, den MitarbeiterInnen des Jobcenters zu signalisieren, dass man ihre Arbeit schätzt und dass man Ruhe und Sicherheit für das Personal schaffen möchte. Das Ziel ist schon seit längerem, die Quote von befristeten Arbeitsverhältnissen unter die 10%-Marke zu drücken. Zeitweilig wurde dies auch erreicht.

Dies wird immer wieder erschwert durch zeitlich befristete Programme des Bundes, die entsprechend befristete Arbeitsverträge zur Folge haben. Nichtsdestotrotz sind wir sehr daran interessiert, an jedem sinnvollen Programm teilzuhaben. Damit wird die Zahl der Beschäftigten erhöht, die Hilfesuchenden bekommen mehr Unterstützung und die MitarbeiterInnen werden entlastet. Dabei wird versucht, hier mit Befristung eingesetzte Fachkräfte nicht nach Programmende zu entlassen sondern weiter im Jobcenter zu beschäftigen.

Nach unseren derzeitigen Informationen trägt die Bundesstadt Bonn weniger als 16% der Personal- und sonstigen Kosten des Jobcenter. Der städtische Anteil an den Personalkosten sollte jedoch ca. 30% betragen. Faktisch werden nicht alle vakanten Stellen ausgeschrieben und besetzt. Die Stadt Bonn bildet auch nicht Personal für das Jobcenter aus. Zwischen dem städtischen Personalamt und dem Jobcenter scheint es Kommunikationsschwierigkeiten zu geben.

Wie werden Sie sich dieser Thematik nähern?

Tom Schmidt:

Mit der Geschäftsführung des Jobcenters ist z.B. klar verabredet, dass die 14 Fachkräfte, die sich im Programm 50plus bewährt haben, entweder im Rahmen des neuen „Aktivierungs-Centers“ oder an anderen geeigneten Positionen weiter im Jobcenter arbeiten sollen. Für das Aktivierungs-Center hat sich das Jobcenter Bonn beworben, muss aber auf den Zuschlag warten. Es besteht berechtigte Hoffnung auf die Zuteilung von sechs Stellen. Das Programm läuft bis Ende 2018, die Stellen wären also wieder befristet. Im Ergebnis bekäme das Jobcenter so sechs weitere Stellen, die u. a. auch den Betreuungs-Schlüssel verbessern.

Tatsächlich gab es zehn freie Stellen beim Träger Stadt Bonn, deren Besetzung u. a. aufgrund der Sparbemühungen einige Mühe machte. Nach einem intensiven Verständigungs-Prozess mit dem Jobcenter hat die Stadt sieben Stellen besetzt bzw. aktuell ausgeschrieben. Die übrigen drei Stellen sind in Stellen der Agentur für Arbeit umgewandelt worden und werden derzeit besetzt. Damit sind alle Stellen besetzt oder ausgeschrieben.

Die GRÜNEN und die kommunale Seite haben sich besonders für den Erhalt der Telefon-Zentrale im Hause eingesetzt. Vielerorts wurde diese Dienstleistung an Service-Center der Agentur vergeben. Dies hatte Erfolg, und zwar einerseits für die AnruferInnen, denn sie werden nun besser beraten als bisweilen in den Service-Centern. Ein zweites wichtiges Ziel wurde damit ebenso erreicht: das Signal an die Belegschaft, möglichst alle Stellen im Hause zu halten.

Nach unseren Informationen beträgt der kommunale Anteil an den ca. 24 Mio. Gesamtausgaben für Verwaltung des Jobcenters ca. 6,5 Mio. Dies sind etwa 27%. Damit steht Bonn vergleichsweise gut da.

Peter Ruhenstroth-Bauer:

Bonn ist ein Dienstleistungsstandort mit zahlreichen Arbeitsplätzen für Hoch- und Höchstqualifizierte. Was im Prinzip wirtschaftspolitisch ein Grund zur Freude ist, ist für Menschen mit einfacher oder gar keiner Ausbildung ein Problem: Es gibt zu wenige Arbeitsplätze für einfache Tätigkeiten. Daher lesen sich die Bonner Arbeitsmarktdaten auf den ersten Blick zwar gut. Bei genauerem Hinsehen aber zeigt sich, dass in unserer Stadt ein hoher Prozentsatz der Empfänger von Arbeitslosengeld II langzeitarbeitslos ist und Gefahr läuft, endgültig vom Arbeitsmarkt "abgehängt" zu werden.

Meiner Überzeugung nach kann es uns nur durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen gelingen, dieser Gefahr zu begegnen. Eine Grundvoraussetzung ist, dass der Charakter des Jobcenters als gemeinsamer Einrichtung von

Arbeitsagentur und Kommune erhalten bleibt - und zwar nicht nur formal durch die paritätisch von Stadt und Bundesagentur besetzte Trägerversammlung, sondern auch in der Praxis. Ich begrüße es sehr, dass sich meiner Kenntnis nach die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter in der Trägerversammlung einig sind, dass der Mitfinanzierungsanteil wieder eine Höhe erreichen muss, die diese Gemeinsamkeit tatsächlich widerspiegelt. Auch der Stadtverwaltung muss klar sein bzw. klar gemacht werden, dass man Stellen im Jobcenter für kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht dadurch attraktiv macht, dass man sich – wie in diesem Winter/Frühjahr erlebt – mit Händen und Füßen gegen eine den BA-Mitarbeitern vergleichbare Eingruppierung wehrt.

Die Professionalisierung des Jobcenters durch die o.g. Konstanz im Personalkörper ist ein ganz entscheidender Baustein. Dies wird einen nicht unerheblichen Beitrag dazu leisten, zukünftig Fehlentscheidungen, die häufig von Gerichten kassiert werden, zuvor aber manchmal monatelang Menschen durch Sanktionen in unwürdige Situationen gestoßen haben, zu reduzieren. Hinzu kommt die m.E. richtige Entwicklung der vergangenen Jahre, im jährlichen Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters der Förderung von Ausbildung und Qualifizierung einen besonderen Stellenwert einzuräumen. Diese Bemühungen müssen weiterhin von guten Ideen flankiert werden, die Menschen dann auch tatsächlich in Arbeit zu bringen: Lohnkostenzuschüsse und Passiv-Aktiv-Transfer der Kosten der Unterkunft wie beim "Brücke"-Programm sind Anfänge, die in die richtige Richtung weisen und weitere Unterstützung verdienen.

All diese Maßnahmen werden - so ehrlich muss man sein - aber ein Grundproblem nicht lösen, das kommunal auch gar nicht lösbar ist: Wir brauchen einen Sozialen Arbeitsmarkt auch für diejenigen Menschen, die in der Tat keine Aufnahme mehr finden werden in den so genannten Ersten Arbeitsmarkt.

Ashok-Alexander Sridharan:

Nach meinem Kenntnisstand hat es in der Vergangenheit tatsächlich Kommunikationsschwierigkeiten gegeben. Diese sind jedoch inzwischen weitgehend abgebaut. Mir ist an einer transparenten Kommunikation sehr gelegen. Daher werde ich mich als OB dafür einsetzen, dass auf allen Ebenen offen miteinander und nicht übereinander gesprochen wird.

Auch die Stadtwerke sind ein wichtiger Arbeitgeber.

Wie können aus Ihrer Sicht die Arbeitsplätze im Stadtwerkekonzern nachhaltig gesichert werden. Und finden Sie es richtig, zukünftige Gewinne der SWB teilweise in den Haushalt der Stadt Bonn einfließen zu lassen?

Peter Ruhenstroth-Bauer:

Wir müssen die positive Entwicklung der Stadtwerke sichern, indem wir die Verbesserung des Angebots der SWB vorantreiben. Kluge Investitionen in zukunftsweisende Entwicklungen müssen Vorrang haben vor Gewinnausschüttungen in den städtischen Haushalt. Ein gutes Beispiel dafür ist die SWB Bus und Bahn: Ich will den Öffentlichen Personennahverkehr stärken, wo nötig könnten zusätzliche Buslinien eingeführt werden, Vorrangspuren für Busse eingerichtet werden. Ich befürchte, dass der politische Druck, SWB-Gewinne dem städtischen Haushalt zuzuführen, eher kontraproduktiv ist und dazu führen könnte, dass Buslinien gestrichen werden. Dieser Spardruck

würde sich nicht nur in einem verminderten Angebot für die Bonnerinnen und Bonner niederschlagen, sondern würde unmittelbar die Arbeitsplätze bei den Stadtwerken gefährden. Deswegen sage ich: Gewinne sollten zugunsten der Beschäftigten der SWB und für Bonn investiert werden, um Angebot und Arbeitsplätze gleichermaßen zu sichern.

Ashok-Alexander Sridharan:

Die Stadtwerke sind Teil des „Konzerns“ Stadt Bonn und müssen – wie schon jetzt – auch ihren Konsolidierungsbeitrag leisten. Eine Reorganisation der Strukturen und Beteiligungen ist ja gerade auf der Schiene. Heute wird der ÖPNV durch Millionenbeträge aus der Energiewirtschaft subventioniert und auch durch andere steuerliche Querverbünde erfolgen hier Kompensationen. Wenn der „Konzern“ Stadt weiter konsolidieren muss, kann das nicht spurlos an den SWB vorbeigehen. Die Arbeitsplätze bei der SWB sind gesichert. Strukturoptimierungen sind aber auch hier eine ständige Aufgabe.

Tom Schmidt:

Die Stadtwerke sind eine der wichtigsten städtische Beteiligungen, der OB trägt nach meiner Überzeugung daher eine direkte Verantwortung für eine gute Zukunft des Konzerns und seiner Mitarbeiter. Umgekehrt muss die Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen der Stadt auch im unmittelbaren Interesse der Stadtwerke liegen.

Daher müssen Stadt und Stadtwerk in Zukunft viel enger zusammenarbeiten als bisher. Daher werden die Chefs der Stadtwerke, mit mir als OB regelmässige Teilnehmer der Verwaltungsvorstandssitzungen sein.

Die Maßnahmen zur Sicherung der Konzerntöchter sind unterschiedlich. Bei der Verwertung muss der Weg der kommunalen Zusammenarbeit in der Region konsequent weitergegangen werden, bei Bus und Bahn ist die Fortführung der MOD ein wichtiger Schlüssel, bei Energie und Wasser müssen wir konsequent die Chancen der Energiewende nutzen.

Verkehr und Infrastruktur:

Die Friedrich-Ebert-Brücke, die Konrad-Adenauer-Brücke und die Viktoriabücke sind sanierungsbedürftig. Zusätzlich wird der „Tausendfüßler“ mittelfristig abgerissen und neu gebaut. Der Sanierungsbedarf im Umland ist ebenfalls erheblich.

Wie stehen Sie zur Forderung der Gewerkschaften, parallel zu den Sanierungsarbeiten eine Großoffensive für Busse und Bahnen in der Region Bonn/Rhein-Sieg zu starten?

Ashok-Alexander Sridharan:

Eine Optimierung oder Attraktivitätssteigerung des ÖPNV in Bonn und damit die Steigerung seiner Leistungsfähigkeit, liegt mir sehr am Herzen. Unsere Verkehrssituation ist geprägt durch extrem hohe regionale Pendlerströme. Nicht jeder Arbeitsplatz kann zu Fuß oder mit dem Rad erreicht werden. Bei diesem Thema werde ich eng mit den Stadtwerken zusammenarbeiten und darauf hinwirken, dass sinnvolle Vorschläge auch umgesetzt werden. Das ist selbstverständlich, soweit es realistisch und umsetzbar ist.

Wir müssen aber alles immer im Gesamtzusammenhang sehen. Alle bestehenden und zukünftigen Maßnahmen müssen ineinander greifen und sinnvoll sein. Fachleute müssen klären, was geht oder nicht geht. Natürlich unterstütze ich eine Beschleunigung des ÖPNVs durch eine Vorrangschaltung der Lichtsignalanlagen. Wir müssen nur insgesamt schauen, dass der Individualverkehr nicht unnötig belastet wird. Er muss ja auch fließen können, denn was wir nicht brauchen, sind noch mehr Staus. Viele Menschen sind auf ihr Auto angewiesen. Auch an sie müssen wir denken. Vorrangschaltungen für die Bahn bedeuten teilweise, dass die Busse mit im Individualverkehrsstau stehen. Das muss fein aufeinander abgestimmt werden. Bonn hat ein gutes ÖPNV-Netz. Verbesserungen sind immer möglich: Zum Beispiel durch einen schienengebundenen Ringverkehr über die Kennedy- und die Südbrücke. Hierzu sind kaum Gleisarbeiten erforderlich, sodass diese Verbesserung schnell herbeigeführt werden könnte.

Welche Bedeutung haben für Sie der Fahrradverkehr sowie Radschnellwege zwischen Bornheim, Alfter und Bonn sowie zwischen Bonn, Sankt Augustin und Siegburg?

Ashok-Alexander Sridharan:

Eine Steigerung des Radverkehrs ist eine Option, die ich konsequent zur Verkehrsentlastung nutzen möchte. Ich werde als OB in Zukunft das Radwegenetz bedarfsgerecht ausbauen. Dazu gehören auch Radschnellwege, die Bonn mit der Region verbinden. Es freut mich deshalb auch, dass sich bereits die ersten Maßnahmen des Konzepts Fahrradstadt Bonn in der Planung und Realisierung befinden. Ich werde verstärkt darauf achten, dass dieses Konzept von der Verwaltung auch zügig und zielgerichtet umgesetzt wird, was bisher nicht immer der Fall war. Insbesondere die Fahrradverbindung zwischen den Universitätsstandorten müssen besser ausgebaut werden.

Wie stehen Sie zur Forderung der Gewerkschaften, parallel zu den Sanierungsarbeiten eine Großoffensive für Busse und Bahnen in der Region Bonn/Rhein-Sieg zu starten?

Welche Bedeutung haben für Sie der Fahrradverkehr sowie Radschnellwege zwischen Bornheim, Alfter und Bonn sowie zwischen Bonn, Sankt Augustin und Siegburg?

Tom Schmidt:

Die Forderung der Gewerkschaft parallel zu den anstehenden Sanierungsarbeiten eine Großoffensive für Busse und Bahnen in der Region zu starten werde ich voll und ganz unterstützen.

Was den Fahrradverkehr betrifft: Der Umbau der Stadt Bonn zu einer fahrradfreundlichen Stadt steht ganz oben auf der Agenda im Bereich Verkehrsplanung. In Bonn gibt es ein hohes Verlagerungspotential von Autofahrten auf das Fahrrad, denn 79% der Freizeitwege, 76 % der Arbeitswege und 89% der Einkaufswegen werden innerhalb des Bonner Stadtgebietes zurückgelegt. Außerdem werden leider häufig noch immer kurze Wege mit dem Auto zurückgelegt: 30 % der PKW-Fahrten sind unter 3 km und 50 % der Autofahrten höchstens 5 km. Die Stadt Bonn verfügt bereits über ein umfassendes Konzept „Fahrradhauptstadt 2020“ und über ein Fahrradstraßenkonzept. In der Summe aller empfohlenen Fahrradstraßen ergibt sich daraus ein zusätzliches Fahrradstraßennetz in einer Länge

von 50,8 km. Beide Konzepte sind auf Drängen der GRÜNEN erstellt, die notwendigen Mittel für die Umsetzung der Maßnahmen in den städtischen Haushalteingestellt worden. Das Strategiekonzept „Fahrradhauptstadt 2020“ enthält umfassende Maßnahmen zur Förderung der Radverkehrs in Bonn, dazu zählen: die Verbesserung der Fahrradinfrastruktur (Anlage von Fahrradstraßen, Radschnellwegen, Fahrradabstellanlagenprogramme für die Stadtbezirke, Errichtung von Radstationen), die Einführung eines Fahrradmietsystems für Bonn, Maßnahmen zur Verbesserung des Fahrradklimas (jährlicher Fahrradklimatest), Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr und zur Beteiligung an radtouristischen Netzwerken (Radroutenbeschilderung. Sehr wichtig ist für mich auch die interne und externe Kommunikation zu Fahrradthemen in Form von Runden Tischen (Mit dem Rad zur Arbeit, Fahrradinfrastruktur, Mit dem Rad zur Schule). Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Konzepte zügig umgesetzt werden.

Peter Ruhenstroth-Bauer:

Während der genannten Sanierungsmaßnahmen kommt es zu zusätzlichen Verkehrsbehinderungen in Bonn und der Region. Diese Auswirkungen können teilweise abgemildert werden, wenn die Menschen während der Bauzeiten auf Bus und Bahn umsteigen. Insofern ist die Forderung der Gewerkschaften nicht nur nachvollziehbar, sondern unbedingt notwendig! Ich möchte das Thema ÖPNV aber davon unabhängig besonders herausstellen, denn ich plädiere insgesamt für weniger motorisierten Individualverkehr in der City und mehr ÖPNV. Allerdings ist die Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs in Bonn noch ausbaufähig. Wir müssen uns deshalb darauf konzentrieren, wie die Stadtwerke das ÖPNV-Angebot verbessern können – also wie das Angebot optimiert werden kann und was davon möglich und finanzierbar ist.

Fahrräder sind in der Stadt ähnlich schnell wie Autos, aber sie verursachen keine Umweltbelastungen. Es sollten also mehr Fahrradwege eingerichtet werden. Und man sollte an allen Stellen, an denen es mit der Verkehrssicherheit zu vereinbaren ist, Einbahnstraßen für den Radverkehr freigeben. Darüber hinaus hoffe ich, dass wir in Bonn bald ein Fahrradverleihsystem unter dem Dach der SWB Bus und Bahn einführen. Dabei dürfen wir dann aber nicht alle Kosten auf die Stadtwerke abwälzen, denn wenn wir als Stadt diese Aufgabe zusätzlich übertragen, sollten wir uns auch an den Kosten beteiligen.

Ich spreche mich für Fahrradschnellwege in unserer Region aus. Das kann aber nur in Kooperation mit unseren Nachbarkommunen passieren. Insofern müssen wir auch hier das Gespräch suchen.

Die Südtangente bzw. der Ennertaufstieg sind seit Jahrzehnten in der öffentlichen Diskussion. Ende 2015 steht der neue Bundesverkehrswegeplan zur Entscheidung an.

Wie ist Ihrer Meinung zu diesem Straßenbauprojekt?

Tom Schmidt:

Ich lehne die komplette "Südtangente" mit ihren rechtsrheinischen ("Ennert-Aufstieg") und linksrheinischen ("Venusberg-Tunnel") Teilstücken aus verkehrlichen und ökologischen Gründen ab.

Die Idee der "Südtangente" stammt noch aus den 1960iger und 1970iger Jahren. Damals hatte der Begriff "Tangente" noch eine gewisse Berechtigung, weil sie den südlichen Stadtrand von Bonn berührte. Heute würde sie mitten durch das Bonner Stadtgebiet verlaufen und die ohnehin schon lärmgebeutelte Stadt noch zusätzlich

großflächig verlärmen. Die Südtangente würde aber auch die verkehrlichen Probleme und den drohenden Dauerstau nicht lösen. Im Gegenteil: Diese neue Autobahn würde massiv neuen (Fern)-Verkehr anziehen und mitten durch Bonner Wohngebiete leiten.

Die Südtangenten-Diskussion ist – wie zuvor schon die Festspielhaus-Diskussion – eine Phantomdiskussion. Ich halte ihre Realisierung für abwegig, weil es sich um ein irrwitzig teures Bauprojekt handelt, für das wir das Geld nicht haben, das zudem von der NRW-Landesregierung zu Recht abgelehnt wird.

Gleichzeitig verhindert aber die immer wieder aufflammende Diskussion, dass realistische (Teil)Lösungen für die vorhandenen Probleme umgesetzt werden.

Notwendig zum Abbau des täglichen Staus sind nicht nur ein Ausbau des Busangebots sondern darüber hinaus innerörtliche, kleinteilige Umgehungen (beispielsweise für Oberdollendorf).

Insbesondere für Bonn selber ist der massive Ausbau der Fahrradinfrastruktur, der vom Rat seit Jahren beschlossen ist, von der Verwaltung aber immer wieder verschleppt wird, überfällig. Da soll sich ab Oktober ändern. Die Möglichkeiten damit Autofahrer zum Umsteigen zu ermutigen und die Straßen für diejenigen frei zu machen, die sie zwingend benötigen, wird in Bonn leider immer noch massiv unterschätzt.

In Städten wie Paris oder Kopenhagen hat man dagegen die Zeichen der Zeit erkannt und investiert massive in den Fahrradverkehr. Die Idee auf immer mehr Autos mit immer neuen Straßen zu reagieren ist von vorgestern und weder ökonomisch noch ökologisch vertretbar.

Stattdessen sollten wir die vorhandene Infrastruktur ordentlich instand bringen und durch ihre intelligente Nutzung mobil bleiben.

Ashok-Alexander Sridharan:

Grundsätzlich ist es so, dass Bonn in Sachen Verkehr vor großen Herausforderungen steht. Die Baumaßnahmen an der A 565 im vergangenen Jahr haben gezeigt, wie schnell hier alles kollabieren kann. Das ist bei Unfällen auf der Autobahn auch nicht anders. Diese Entwicklungen kann man nicht ignorieren. Wir können aber auch nicht darauf hoffen, dass die Menschen in Zukunft kein Auto mehr fahren. Es müssen also Lösungen her. Dass der Ennertaufstieg und der Venusbergtunnel aus dem Bundesverkehrswegeplan auf Betreiben der SPD gestrichen wurden, war - ohne entsprechende Kompensationen zu schaffen - ein Fehler. Die Auswirkungen spürt Bonn heute erheblich. Jeden Morgen strömen zigtausende Pendler nach Bonn zu ihren Arbeitsstellen, welches sich in Zukunft noch verstärken wird. Deshalb müssen wir den Verkehr in der Region entlasten. Ich bin für eine bessere Anbindung an die A3 und die Entlastung der Reuterstraße. Wir müssen einen regionalen Konsens unter Einbindung der Umweltverbände und Initiativen herbeiführen, um gemeinsame Lösungen zu finden.

Peter Ruhenstroth-Bauer:

Ich lehne Südtangente und Ennertaufstieg ab. Die SPD Bonn setzt sich seit Jahren gegen den Bau einer Autobahn quer durch die Stadt ein. Sie würde das Rheintal, viele Bonner Wohnorte und einige unserer schönsten Erholungsgebiete mit Lärm und Abgasen belasten, aber keine Verkehrsprobleme lösen. 2003 wurden diese Planungen auf Initiative der SPD aus dem Bundesverkehrswegeplan gestrichen. Ich habe kein Verständnis dafür, dass jetzt aus dem CDU/CSU-geführten Bundesverkehrsministerium die Initiative kommt, die Planungen wieder aufzunehmen – und noch weniger Verständnis habe ich dafür, dass dies auch noch von der CDU hier in der Region unterstützt wird. Mein Vorschlag ist: Lasst uns auf der Südtangente Wohnraum schaffen, der in Bonn dringend benötigt wird. Eine zurückhaltende Bebauung, die einen Teil des Grüns erhält, halte ich für die beste Lösung.

Seit Jahren fordern die Gewerkschaften einen Schienenanschluss für die Bonner Müllverwertungsanlage (MVA). Da alle planungsrelevanten Eisenbahnbauten im Güterbahnhof Bonn für den Bahnanschluss der MVA vorbereitet sind, könnte dieser relativ kurzfristig realisiert werden.

Wie stehen Sie zu diesem Projekt, das die regionalen Straßen nachhaltig vom Lkw-Schwerverkehr entlasten würden?

Peter Ruhenstroth-Bauer:

Intelligente Logistik gehört zu einer zentral gelegenen Industrieregion wie der Region Köln-Bonn und Umgebung. Wir erleben die Belastungen durch die Verkehrsströme täglich. Besonders der Güterverkehr, der per LKW abgewickelt wird, belastet die Stadt stark mit Lärm und Schmutz. Deswegen halte ich es für sinnvoll und dringend geboten, die Müllverbrennungsanlage an den Schienenverkehr anzuschließen. Die Gleisanlagen sind im Wesentlichen auch schon vorhanden, so dass der Anschluss mit relativ geringem Aufwand realisierbar wäre. Diese Maßnahme würde es unserer MVA auch ermöglichen, sich stärker als überregionaler Entsorger zu positionieren und dann noch wirtschaftlicher zu arbeiten.

Ashok-Alexander Sridharan:

Grundsätzlich ist natürlich alles zu begrüßen, was dazu geeignet ist, Schwerlastverkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen. Dazu muss man aber die Verkehrsströme genau kennen, die dem zugrunde liegen. Es muss uns auch darum gehen, die MVA auszulasten und so für niedrige Kosten für die Bonnerinnen und Bonner zu sorgen.

Tom Schmidt:

Ich halte das Projekt schon lange für sinnvoll, wir sollten es umsetzen, sobald dies wirtschaftlich möglich ist.

Die Herausforderungen in Sachen Mobilität werden weiter zunehmen.

Welchen Stellenwert hat für Sie der ÖPNV in Bonn und wie wollen Sie ihn zukunftsfähig machen? In welchem Zustand sehen Sie unsere städtische Infrastruktur, wie z.B. Straßen, Bushaltestellen, U-Bahnhöfe und die Sonderspuren für Busse?

Tom Schmidt:

Der drohende Verkehrskollaps in Bonn kann nur durch den Umstieg auf die umweltfreundlichen Verkehrsmittel erreicht werden. Die Förderung umweltfreundlicher Verkehrsarten ist die Basis ökologischer Verkehrspolitik. Für eine höhere Attraktivität (neue Schienenverbindungen, Einrichtung weiterer Umweltpuren, Förderung von Elektromobilität) und die Beschleunigung des ÖPNV werde ich mich stark machen, um eine nachhaltige Stadtentwicklung voranzutreiben.

Aufgrund der prekären Haushaltssituation ist der Zustand der städtischen Infrastruktur auf keinen Fall zufriedenstellend. Ich hoffe, dass eine erfolgreiche Haushaltskonsolidierung die Spielräume für Investitionen wieder erweitern wird.

Peter Ruhenstroth-Bauer:

Wie schon deutlich unterstrichen: Ich werde mich für eine Verbesserung des ÖPNV-Angebots einsetzen. Dazu müssen wir den Druck auf die SWB Bus und Bahn abmildern, Ausschüttungen für den Stadthaushalt zu produzieren, und statt dessen den Ausbau des Angebots betreiben und damit die Attraktivität gegenüber dem Individualverkehr erhöhen. Im Vergleich zu manch anderen Kommunen ist der Zustand der Bonner Straßen meist noch relativ gut. Damit das so bleibt, sollten wir bei Sanierungsmaßnahmen nicht warten, bis Straßen so kaputt sind, dass sie komplett erneuert werden müssen, sondern schon bei Schadensklasse I reparieren. Das schmälert den Aufwand und damit auch die Kosten ganz wesentlich. Allerdings sage ich auch: Lieber auf schlechten Straßen in gute Schulen als umgekehrt. Ein wichtiger Aspekt von Mobilität ist die Barrierefreiheit. Hier gilt es, besonders Bushaltstellen nach und nach entsprechend umzugestalten, damit alte Menschen, Eltern mit Kinderwagen und natürlich Menschen mit Behinderungen barrierefrei an ihr Ziel kommen können. Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.

Ashok-Alexander Sridharan:

Eine Optimierung oder Attraktivitätssteigerung des ÖPNV in Bonn und damit die Steigerung seiner Leistungsfähigkeit, liegt mir sehr am Herzen. Unsere Verkehrssituation ist geprägt durch extrem hohe regionale Pendlerströme. Nicht jeder Arbeitsplatz kann zu Fuß oder mit dem Rad erreicht werden. Bei diesem Thema werde ich eng mit den Stadtwerken zusammenarbeiten und darauf hinwirken, dass sinnvolle Vorschläge auch umgesetzt werden. Das ist selbstverständlich, soweit es realistisch und umsetzbar ist. Wir müssen aber alles immer im Gesamtzusammenhang sehen. Alle bestehenden und zukünftigen Maßnahmen müssen ineinander greifen und sinnvoll sein. Fachleute müssen klären, was geht oder nicht. Natürlich unterstütze ich eine Beschleunigung des ÖPNVs durch eine Vorrangschaltung der Lichtsignalanlagen und Sonderspuren für Busse. Wir müssen nur insgesamt schauen, dass der Individualverkehr nicht unnötig belastet wird. Er muss ja auch fließen können; denn was wir nicht brauchen, sind noch mehr Staus. Den Ringschluss mit Süd- und Kennedybrücke finde ich gut und ich spreche bei jeder Veranstaltung dafür aus. Dies ist eine einfache Lösung, da die Gleise schon fast komplett liegen.

Als Alternative zur Straße und zur Schiene wird in Bonn eine Seilbahn zwischen Dottendorf und Venusberg diskutiert.

Wie stehen Sie zu diesen Plänen?

Tom Schmidt:

Ich unterstütze die Planungen für eine Seilbahnverbindung zum Venusberg, weil hierdurch der Arbeitsplatzschwerpunkt Universitätskliniken umweltfreundlich erschlossen werden kann. Ich werde dafür sorgen,

dass die seit 2013 in Rede stehende Machbarkeitsstudie nunmehr zügig auf den Weg gebracht wird. (Der Hauptausschuss hat dazu am 20. 5. zur Machbarkeitsstudie Seilbahnverbindung Dottendorf – Venusberg / Unikliniken bereits einstimmig beschlossen: Die Verwaltung berichtet über den Stand der Vergabe einer Machbarkeitsstudie für eine ÖPNV-Seilbahn auf den Venusberg).

Laut einer Erklärung des NRW-Verkehrsminister Michael Groschek kann eine Seilbahn von der Bonner Tallage auf den Venusberg durch das Land NRW mitfinanziert werden, wenn diese nicht touristischen Zwecken sondern zur Beförderung von Personen im Rahmen des ÖPNV dient.

Ashok-Alexander Sridharan:

Eine gute Idee. Unter Umständen sogar eine Fortführung bis ins Regierungsviertel. Die Prüfung muss vorangetrieben werden. Der Venusberg ist derzeit mit den SWB-Buslinien 600, 601, 630 und 632 an das Bonner Busnetz angebunden. Untersuchungen zum Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Bonn haben ergeben, dass rund 800 Fahrgäste pro Tag für eine Seilbahn von Dottendorf ausgehend zu erwarten sind. Damit dürfte kein 100 %iger Kostendeckungsgrad erreicht werden. Ich bin sehr wohl der Auffassung, dass die geplante Machbarkeitsstudie erstellt werden sollte und eine ergebnisoffene Diskussion mit Abwägung aller Vor- und Nachteile geführt wird. All dies muss dann haushalterisch betrachtet werden.

Peter Ruhenstroth-Bauer:

Die Verkehrsbelastung auf dem Venusberg muss dringend entzerrt werden. Ich finde die Idee einer Seilbahn sehr faszinierend, weil es das normal Bus- und Bahnangebot um eine Alternative ergänzen würde. Wir müssen aber prüfen, wie ein solch großes Projekt realisiert werden kann, also was technisch machbar und wirtschaftlich sinnvoll ist. Erst wenn wir Klarheit darüber haben, was überhaupt geht und welche Kosten der Stadt entstehen würden, kann ich dazu glaubwürdige Aussagen machen.

Ein Schienenring, der die beiden Rheinstrecken miteinander verknüpft, könnte die gesamte Region vom Autoverkehr entlasten.

Welche Möglichkeiten hat Ihrer Meinung nach der neue Bonner Oberbürgermeister, um sinnvolle Schienenprojekte, zu denen auch die Hardtbergbahn gehört, politisch und administrativ anzustoßen?

Peter Ruhenstroth-Bauer:

Als Verwaltungschef ist es natürlich möglich, über entsprechende Beschlussvorlagen und Stellungnahmen Impulse zu setzen und damit die notwendige langfristige Entwicklung der Bonner Infrastruktur anzustoßen. Das würde ich aber nicht allein mit der Verwaltung tun, sondern auch hier wieder die Stadtgesellschaft von Anfang an einbinden. Die Beschlüsse aber muss der Stadtrat treffen – und hier ist nach meinem Verständnis die Rolle des OB, kompromissfähig, pragmatische und zielorientiert die unterschiedlichen Interessenslagen zusammenzuführen. Natürlich wäre es richtig, wenn der Bonner Westen oberirdisch und schienengebunden an das Stadtzentrum angebunden würde. Ob das aber Realität werden kann, ist immer noch die Frage. Deshalb müssen wir jetzt hier

Lösungen finden, die direkt helfen - beispielsweise die Optimierung der Busverbindungen durch Abbiege- und Vorrangspuren und einen höheren Fahrplankontakt, um so kurzfristig für eine spürbare Verbesserung zu sorgen.

Tom Schmidt:

Für die wichtige Schienenverbindung zwischen Beuel und Bad Godesberg gibt es seit Mai 2014 den Auftrag an die Verwaltung eine Machbarkeitsstudie zu erstellen (siehe Bonner Ratsinformationssystem BoRIS Ds.-Nr. 1411367EB3) Sobald die Ergebnisse vorliegen, werde ich von Verwaltungsseite die notwendigen weiteren Schritte einleiten.

Ashok-Alexander Sridharan:

Eigentlich muss das Ziel ein S-Bahn-Ringverkehr zwischen Bonn und Köln sein. Hier müssen der Regionalrat und das Land mit den Städten agieren. Die S 13 hat gezeigt, dass man hier einen langen Atem braucht. Eine Regionalplanung muss in allen Bereichen verbessert werden.

Regionale Zusammenarbeit

Die Stadt Bonn ist eine „Insel“, die vom Rhein-Sieg-Kreis umgeben und unmittelbar an den Kreis Ahrweiler (Rheinland-Pfalz) anschließt. Die Verfügbarkeit der städtischen Gewerbeflächen ist äußerst begrenzt. Hinzu kommt die Tatsache, dass die kulturellen Spielstätten und die Schulen Bonns auch von vielen Menschen aus dem Rhein-Sieg-Kreis und dem Kreis Ahrweiler genutzt werden.

Wie sehen Sie die regionale Zusammenarbeit mit dem Rhein-Sieg-Kreis und dem Kreis Ahrweiler sowie mit der benachbarten Millionenstadt Köln? Wo sehen Sie konkrete Betätigungsfelder für eine regionale Kooperation? Ist es für Sie vorstellbar, kommunale Kompetenzen an ein regionales Gremium abzutreten?

Tom Schmidt:

Die regionale Zusammenarbeit ist aus meiner Sicht eine der drängendsten Herausforderungen. Sie ist zwar auch in der Vergangenheit immer wieder beschworen worden, hat aber qualitativ längst nicht die Fortschritte gemacht, die notwendig wären. Die Zusammenarbeit ist eigentlich auf sämtlichen Feldern erforderlich, denn die Menschen erleben Bonn und den Rhein-Sieg-Kreis längst als einen gemeinsamen Lebensraum. Besonders augenscheinlich sind die Bereiche Wirtschaftsförderung, Wohnungspolitik, Verkehrspolitik, Marketing. Vielfach ergäben sich nicht nur Synergieeffekte sondern ein zusätzlicher Gewinn für Beide. So ergänzen sich Kreis und Stadt etwa im Bereich Tourismus ideal, davon können beide profitieren, Dann ist 1+1 ausnahmsweise mal nicht zwei, sondern drei.

Selbstverständlich gehört zu dieser Zusammenarbeit auch die Bereitschaft kommunale Kompetenzen an regionale Gremien abzugeben. Im Grunde dürfen zukünftig wichtige Entscheidungen grundsätzlich erst nach intensiver regionaler Konsultation fallen.

Ashok-Alexander Sridharan:

Das Nachdenken über sinnvolle Lösungen darf nicht an der Stadtgrenze enden! Kooperationsmöglichkeiten mit unseren Nachbarn müssen untersucht werden. Dies gilt für die Schaffung von Gewerbegebieten genauso wie für Bildung, Kultur und Dienstleistungen wie z.B. der Zulassung von Kraftfahrzeugen. Da ich mehr als alle anderen OB-Kandidaten über eine sehr gute Vernetzung mit dem Umland verfüge, sehe ich mich hier in der Lage, die regionale Zusammenarbeit in allen Bereich zu steigern. Dabei müssen auch Arbeitsteilungen vorgenommen und Kompetenzen abgetreten werden. Bei einer damit verbundenen Kostensenkung wird es aber genügend Bereitschaft hierzu geben. Dies ist ein wichtiges Thema meines Wahlprogramms und hier sehe ich bei mir die größte Kompetenz.

Peter Ruhenstroth-Bauer:

Die Stadt wird nicht ohne die Umlandkommunen, die Umlandkommunen nicht ohne die Stadt nach vorne kommen. In der Zusammenarbeit haben wir noch viel „Luft nach oben“. Für mich ist klar: die grundlegenden Entscheidungen bei den Themen Wohnen, Gewerbe, Verkehr, Kultur werden wir nur noch gemeinsam abgestimmt entscheiden. Die Stadt Bonn kooperiert bereits in einigen Bereichen mit den umliegenden Kreisen. Rheinbachs Bürgermeister Stefan Raetz findet meinen Slogan „Bonn zusammen führen“ sehr gut und ergänzt ihn ganz in meinem Sinne mit „Region gemeinsam leben“. Das ist mein Politikansatz für Bonn als Teil der Metropolregion. Wir arbeiten schon in der Energie- und Wasserversorgung und in der Abfallentsorgung mit unseren Nachbarn zusammen. Auch die Planungsausschüsse der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises tagen regelmäßig gemeinsam. Das müssen wir massiv ausbauen. Das gilt für Gewerbeflächen genauso wie für Wohnflächen und Verkehr. Wir sind eine wachsende Stadt, eine Boomtown, die in den nächsten 15 Jahren 30.000 EinwohnerInnen mehr haben wird. Also müssen wir jetzt schon mit allen Umlandkommunen darüber sprechen und gemeinsam handeln. Diese wichtigen Grundentscheidungen für die Zukunft der Region können wir nur gemeinsam treffen. Deswegen haben für mich als Oberbürgermeister die Gespräche mit meinen Kollegen und Kolleginnen aus den Nachbarkommunen – und zwar auf Augenhöhe! – höchste Priorität. Die Kooperation der städtischen Wirtschaftsförderung mit unseren Nachbarkommunen muss aber auch auf andere wichtige Partner ausgedehnt werden. Wir sind eine Wissenschaftsregion, also gehören die Uni Bonn und die Hochschule Bonn/Rhein-Sieg mit ins Boot. o Fachkräfte in der Region binden. Mit den Städten Köln, Düsseldorf und anderen Kooperationspartnern werden wir in den nächsten Jahren im Rahmen der Metropolregion Rheinland enger zusammenarbeiten, um gemeinsam Verbesserungen in den Bereichen Verkehr/Infrastruktur, Forschung und Bildung und im Standortmarketing zu erreichen.

Wohnsituation

Bonn als weiter wachsende Stadt benötigt auch entsprechenden und vor allem bezahlbaren Wohnraum. Doch dieser ist bereits heute schon äußerst knapp. Ohne geeignete Maßnahmen wird der Wohnraummangel weiter steigen. Leidtragende der offensichtlich zu geringen Neubautätigkeit im sozialen Wohnungsbau sind nicht nur Studierende und Leistungsbezieher aus dem SGB-II Bereich. Auch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind aufgrund ihrer Einkommenssituation auf preiswerten Wohnraum angewiesen. In der Bonner Süd- und Nordstadt sowie in Poppelsdorf und im Bad Godesberger Villenviertel gibt es klare Tendenzen zur Gentrifizierung.

Wie wollen Sie dieser Thematik gerecht werden?

Ashok-Alexander Sridharan:

Zunächst einmal möchte ich feststellen, dass alle Menschen in Bonn ein lebens- und liebenswertes Zuhause finden sollen, egal ob arm oder reich, jung oder alt. Bonn ist als Arbeits- und Wohnstandort sehr begehrt und zieht viele Menschen an. Das ist eine positive Entwicklung, die ich gerne auch so fortgesetzt sehen möchte. Dazu ist es aber wichtig, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir müssen als Stadt weiter neue Baugebiete ausweisen und wo möglich die Verdichtung von Wohnraum betreiben. Natürlich nur dort, wo dies angemessen und planerisch wie bauordnungsrechtlich umsetzbar ist. Das muss viel stärker geschehen als in der Vergangenheit, auch wenn dazu teilweise Widerstände zu erwarten sind. Teilweise dauern diese Prozesse in Bonn viel zu lange, das ist kontraproduktiv und muss beschleunigt werden. Um bei Neubauten Konsens zu haben, ist es sinnvoll für die Bürger bei vorhabenbezogenen Bebauungsplänen früh eine vorgezogene Bürgerbeteiligung vorzusehen, sofern mit Einwänden zu rechnen ist. Die Ratskoalition hat unlängst richtigerweise beschlossen, bezogen auf die Gesamtstadt eine 30%-Quote von gefördertem/preiswertem Wohnungsbau anzustreben, um das Angebot an preiswertem Wohnraum zu erhöhen und die Kosten der Unterkunft (in Bonn derzeit über 75 Mio. Euro jährlich) zu senken. Auch das ist ein richtungsweisender Beschluss, den ich unterstütze. Durch kostengünstigere Mieten können bevölkerungsgemischte Wohnviertel in den Stadtteilen besser erhalten werden. Was auch gemacht werden muss, ist der Rückkauf von Belegungs- und Besetzungsrechten von Wohnungen. Mit Wohnungsgesellschaften, vorzugsweise der VEBOWAG, muss bald eine Verständigung gefunden werden über die zügige Identifizierung von geeignetem Bauflächen für geförderten und preisgünstigen Wohnungsbau. Natürlich nur soweit das rechtlich möglich ist. Die VEBOWAG ist für mich dabei ein wichtiges Instrument der städt. Wohnungswirtschaft. Sie muss in der Lage sein, städtebauliche oder soziale Ziele umsetzen zu können.

Was mir besonders am Herzen liegt ist in diesem Zusammenhang eine bessere Abstimmung von Maßnahmen im Wohnungsmarkt mit dem Rhein-Sieg-Kreis. Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit eignet sich dieses Thema besonders für eine abgestimmte, grenzüberschreitende Vorgehensweise. Ich werde als OB deshalb den benachbarten Rhein-Sieg-Kreis zu abgestimmten Wohnungsbaumaßnahmen ermuntern. Der Kreis hat viel mehr Kapazitäten, um neuen Wohnraum zu schaffen, als dies in den engen Grenzen der Stadt Bonn möglich ist. Den Mangel an Wohnungen in Bonn kann auf Dauer der Bonner Wohnungsmarkt nicht lösen.

Peter Ruhenstroth-Bauer:

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist eines der drängendsten Probleme in Bonn – und zwar aus sozialpolitischer und aus haushalterischer Sicht. Fast die Hälfte aller Bonner Haushalte hat Anrecht auf einen Wohnberechtigungsschein und damit auf eine mietpreisgebundene Wohnung. Bonn gibt jährlich 70 Mio. Euro für die Unterbringung von Menschen aus, die Transferleistungen beziehen. Investitionen im sozialen Wohnungsbau sind dringend nötig, um Abhilfe zu schaffen. Aktuell schaffen wir pro Jahr nur ca. 200 öffentlich geförderte Wohnungen, es müssten aber 1250 sein, um für eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt zu sorgen. Ich habe deshalb einen „Masterplan 10.000 Wohnungen für Bonn“ entworfen, der bis 2025 Wohnraum für bis zu 30.000 Menschen schaffen soll. Der Plan umfasst verschiedene Maßnahmen: Wir brauchen z.B. eine verbindliche 30%-Quote im sozialen Wohnungsbau bei allen Bebauungsplänen einsetzen. Ich sehe auch die Vebowag in der Pflicht, die verstärkt im Sozialwohnungsbau aktiv werden muss – dazu müssen wir zusätzliches Kapital aus städtischen Haushaltsmitteln

und wo möglich auch Flächen bereitstellen. Nur so können wir erreichen, dass in allen Stadtteilen bezahlbarer Wohnraum entsteht und eine soziale Durchmischung gewährleistet bleibt.

Tom Schmidt:

Die Wohnungssituation hat sich in den letzten Jahren deutlich zugespitzt, eigentlich in allen Segmenten, aber besonders im Bereich den preiswerten und öffentlich geförderten Wohnungsraum.

Wir müssen ganz banal bezahlbare Wohnungen bauen. Die Verwaltung hat dazu schon Anfang 2014 Potenzialflächen für gut 6000 Wohnungen ermittelt. Die Grundstücke müssen jetzt zügig zur Baureife entwickelt werden, und zwar vorrangig mit der stadt-eigenen Wohnungsbaugesellschaft Vebowag. Darüber muss auf den Grundstücken der Vebowag eine maßvolle Verdichtung stattfinden. Dort gibt es ein Potenzial von über 1000 Wohnungen. Das trifft ja bei vielen konkreten Projekten auf Widerstand. Aber wir müssen hier sprichwörtlich bereit sein, ein Stück zusammenzurücken.

Grundsätzlich brauchen wir stadtweit einen Anteil von 30% öffentlich geförderten Wohnungsbau.

Schutz des freien Sonntags:

Zu Guter Arbeit gehört aus Sicht der Gewerkschaften auch, die Sonntagsöffnungen im Einzelhandel zu begrenzen und der ausufernden Sonntagsarbeit wirksam zu begegnen. In Bonn gibt es bezüglich der Sonntagsöffnungen im Einzelhandel eine Vereinbarung zwischen dem Einzelhandelsverband, Verbänden von Gewerbetreibenden, den Kammern und den Kirchen, in der lediglich Veranstaltungsdaten und Veranstaltungsorte genannt sind. Die notwendigen Anlassbezüge bei geplanten Sonntagsöffnungen werden aus gewerkschaftlicher Sicht in den Anhörungsverfahren nicht ausreichend erläutert und nicht hinreichend berücksichtigt.

Wie bewerten Sie die derzeitige Praxis der Sonntagsöffnungen in Bonn und wie ist Ihre grundsätzliche Position dazu?

Peter Ruhenstroth-Bauer:

Ich bin ein Verfechter des freien Sonntags und damit gegen eine Ausweitung von verkaufsoffenen Sonn- und Feiertagen in der Innenstadt und den Stadtteilzentren. Beschäftigte haben einen Anspruch auf Erholung. Der freie Sonntag stärkt den Zusammenhalt der Gesellschaft und ermöglicht den Menschen, am sozialen und kulturellen Leben teilzunehmen und sich ehrenamtlich zu engagieren.

Ich sehe es deshalb sehr kritisch, dass in Bonn in der Vergangenheit teilweise zusätzliche verkaufsoffene Sonntage beschlossen wurden, was ausschließlich wirtschaftlichen Interessen diente, aber die Interessen der Beschäftigten völlig außer Acht ließ – und im Übrigen nach meiner Ansicht insofern auch gegen geltendes Gesetz verstößt.

Tom Schmidt:

Ich finde es extrem wichtig, dass der Sonntag grundsätzlich ein freier Tag bleibt. So wichtig auch der wirtschaftliche Erfolg einer Stadt für alles ist, wenn wir alles nur noch ökonomisieren verlieren wir alle ganz maßgeblich an

Lebensqualität und an der Möglichkeit innezuhalten und zu bedenken, wohin und wofür sich unser Leben eigentlich bewegt.

Ashok-Alexander Sridharan:

Als praktizierender Christ und Familienvater habe ich ganz persönliche Vorstellungen, was an Sonntagen bei mir Vorrang hat. Soweit mir bekannt ist, gibt es hinsichtlich der Sonntagsöffnungszeiten Vereinbarungen zwischen Handel und Kirchen, die auch gelebt werden. Als Vermittler kann ich da gerne mitwirken.

Ihr Selbstverständnis:

Das Amt des Oberbürgermeisters besteht aus einer Mehrfachfunktion: Vorsitz im Stadtrat, Repräsentant der Stadt und Leitung der Verwaltung.

Wo sehen Sie Ihren Schwerpunkt und wie wollen Sie die einzelnen Funktionen miteinander verknüpfen?

Tom Schmidt:

Das Amt des Oberbürgermeisters ist in der Tat ein äußerst umfassendes. Um es überhaupt erfolgreich gestalten, muss man sich extrem gut vernetzen. Als Ratsvorsitzender begreife ich mich als dessen Repräsentant nicht als sein Konkurrent. Bei der Repräsentation werde ich den Schulterschluss mit meinen Stellvertretern suchen und in der Verwaltung, wo ich eindeutig die größten Baustellen sehe, will die Funktion des Stadtdirektors wieder deutlich stärken.

Ashok-Alexander Sridharan:

Die Politik und Verwaltung muss für die Menschen, die hier leben und arbeiten, da sein. Der Bonner Oberbürgermeister ist der oberste Vertreter der Bürgerinnen und Bürger. Genauso wie es seine Aufgabe ist, die Verwaltung zu führen und die Stadt zu repräsentieren, ist es seine Pflicht, für die Menschen in der Stadt da zu sein. Unverzichtbar ist natürlich auch eine gute Zusammenarbeit mit dem Stadtrat, damit zukünftig „zügiger“ Beschlüsse für Bonn gefasst und dann auch zügig umgesetzt werden. Nachholbedarf gibt es wohl bei der Leitung der Verwaltung. Beides ist aber notwendig und durch die Gemeindeordnung vorgegeben. Dies ist eine schwierige, zeitraubende Tätigkeit, der ich mich freiwillig gerne stelle.

Peter Ruhenstroth-Bauer:

Ich möchte als Bonner Oberbürgermeister meine Erfahrungen einbringen, die ich als Verwaltungschef im Bundespresseamt und als Staatssekretär im Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gesammelt habe. Diese beruflichen Erfahrungen mit einer kleinen, mittleren und vor allem einer großen Verwaltung will ich genauso wie meine vielfältigen Kontakte auch auf Bundes- und Landesebene zum Wohle unserer Stadt nutzen. In den nächsten Monaten werden die Weichen für die Zukunft Bonns gestellt: Wenn über die Zukunft des Bonn-Berlin-Gesetzes verhandelt wird, müssen wir unsere Positionen kraftvoll vertreten.